

Änderungsantrag

Hannover, den 24.10.2018

Fraktion der SPD
Fraktion der CDU**Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/2102 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen (ABl. L 327 vom 2. Dezember 2016, S. 1-15) - RL (EU) 2016/2102**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1055

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung -
Drs. 18/1864

Der Landtag wolle den Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - Drs. 18/1864 - mit folgender Änderung des Artikels 1 Nr. 2 beschließen:

Der einzufügende § 9 e wird wie folgt geändert:

1. Am Ende der Nummer 5 wird das Komma durch das Wort „und“ ersetzt.
2. Am Ende der Nummer 6 wird das Wort „und“ durch einen Punkt ersetzt.
3. Die Nummer 7 wird gestrichen.

Begründung

Es soll ein Redaktionsversehen berichtigt werden: In der vom federführenden Ausschuss letztlich empfohlenen Fassung des § 9 d ist im letzten Absatz bereits eine Verordnungsermächtigung zur Regelung von Einzelheiten des Verfahrens nach § 9 d enthalten. Daneben ist in der Beschlussempfehlung in § 9 e Nr. 7 eine weitere Verordnungsermächtigung zur Regelung von Einzelheiten des Verfahrens nach § 9 d vorgesehen. Diese bezieht sich jedoch auf eine vom federführenden Ausschuss früher in Aussicht genommene Fassung des § 9 d und ist bei der empfohlenen Fassung entbehrlich. Sie sollte zur Vermeidung von Zweifelsfragen gestrichen werden. Die Verordnungsermächtigungen im Landesrecht entsprechen dann zudem den bundesrechtlichen Regelungen.

Für die Fraktion der SPD

Johanne Modder
Fraktionsvorsitzende

Für die Fraktion der CDU

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer